

Bialystoker Zeitung

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 4.95 Mark vierteljährlich außer Beistellgeld.

Organ des Soldatenrates

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. — Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldabonnement 1.15 Mk. einschl. Porto, von der Expedition abgeholt 1 Mark. —

Ebert zum Wahlergebnis.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 24. Januar.

Der Volksbeauftragte Ebert führte einem Vertreter der "Kölnischen Zeitung" gegenüber über das Ergebnis der Nationalversammlungswahlen folgendes aus: „Das Ergebnis der Wahlen hat nachträglich unser Recht bestätigt, im Namen des Volkes die Regierung zu führen. Noch reicht unsere Stärke nicht zur alleinigen Übernahme der Regierung, sie wird aber so groß sein, daß tatsächlich nichts geschehen kann, was unseren Grundsätzen widerspricht. Das gilt auch für die neu zu bildende Reichsregierung. Die Partei, die darin die Sige mit uns teilen soll, muß sich bewußt sein, daß eine Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn sie nicht nur in demokratischem, sondern auch in sozialistischem Sinne erfolgt. Wir sehen in der Nationalversammlung und ihrem Ergebnis keine möglichen schleunige und gründliche Beendigung der Revolution, sondern eine Verstärkung der revolutionären Errungenchaften. Das muß auch der Grundsatz einer jeden Partei sein, mit der wir uns über eine gemeinsame Regierungstätigkeit vereinbaren sollen. Von bürgerlicher Seite ist manches geschehen, was den Verdacht begründet erscheinen läßt, als sehe sie in der Nationalversammlung ein Mittel zur Rücksichtsrevidierung. Solche Bestrebungen würden bei uns den heftigsten Widerstand finden. Die Konstituante kann eine ruhige Entwicklung nur dann verbürgen, wenn sie ein neues Deutschland mit glücklicheren Verhältnissen gerade für die bisher Entfernten schafft. Jeder Versuch, statt dessen die alten Machtverhältnisse gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht wieder ausleben zu lassen, wäre das Signal für neuen Unrat und damit für eine Verwirrung der versahnen Zustände, die unser wirtschaftliches Leben je länger desto mehr untergraben müssten.“

Polnisch-preußischer Telegrammwechsel in der Frage der Geiseln.

Wolfsmeldung.

Posen, 23. Januar.

Der polnische Volksrat hat auf das an ihn von der preußischen Regierung wegen Entlassung der Geiseln gerichtete Telegramm eine Antwort erteilt, in der es u. a. heißt: „Der bebauerliche Zwischenfall im Kernwerk beruht darauf, daß der Gutsbesitzer Haşa Radzik und seine Begleiter die Wachmannschaften überfielen. Die Obduktion der Leiche ist von einer gemischten Kommission von Polen und Deutschen vorgenommen worden. Gerichtliche Untersuchung ist im Gange. Wir sind bereit, alle Geiseln und Internierten zu entlassen unter der Bedingung, daß sämtliche Polen aus Posen, Ost- und Westpreußen und Schlesien und die polnischen Rückwanderer, die im Zusammenhang mit den letzten Vorgängen in den Provinzen Posen, Brandenburg, West- und Ostpreußen und Oberschlesien in Haft genommen wurden, entlassen werden.“

Wir haben unsere Organe beauftragt, ein Verzeichnis der von polnischer Seite festgenommenen Geiseln und Gefangenen anzufertigen und werden es möglichst bald erbrechen und erbiten gleichfalls ein Verzeichnis der deutscherseits verhafteten Polen.“

Das W. T. B. bemerkte hierzu folgendes: Gutsbesitzer Haşa Radzik und seine Begleiter sind in das Kernwerk von Posen als Gefangene, nachdem sie vorher entwaffnet wurden, eingeliefert worden. Wie sie unter diesen Umständen ihre Wachmannschaften überfallen konnten, ist unergründlich.

*
Bromberg, 24. Januar. W. T. B.

Amtlicher Bericht. Im Verlaufe des gestrigen Tages geringe Patrouillentätigkeit. Eigene Artillerie beschoss Bannenansammlungen in Gegend Nezwade und bekämpfte Maschinengewehre und feindliche Batterien im oberen Negetal.

Bern, 23. Januar. W. T. B.

Wie das internationale Komitee vom Roten Kreuz mitteilt, werden die russischen Gefangenen in Deutschland nicht eher zurückkehren, als bis jede Gefahr beseitigt ist, die sie in Russland dem Hunger und der Tötigkeit bolschewistischer Agitatoren in die Hände treiben könnte.

Wie aus Mech gemeldet wird, sind die Thüringer Stahlwerke in Haberdingen in Württemberg von der französischen Regierung unter Zwang verwaltung gestellt worden, sollen aber, um ihre vielen Arbeiter nicht brotlos zu machen, in Betrieb bleiben.

Gegen Preußens Teilung.

Wolfsmeldung.

Berlin, 24. Januar.

Hierzu wird sich das preußische Kabinett mit dem Reichsverfassungsentwurf beschäftigen. Eine Anzahl von seinen Bestimmungen dürfte, wie verschiedene Blätter melden, einer scharfen Kritik unterzogen werden. Morgen findet im Reichsamt des Innern eine Besprechung über den Verfassungsentwurf mit Vertretern der deutschen Freistaaten statt.

Eine gestern von 2000 Personen besuchte Versammlung der deutschen demokratischen Partei in Berlin erhob einen energischen Protest gegen jeden Plan der Zerstörung Preußens.

Paul "Berliner Tageblatt" nahm in Düsseldorf eine Massenversammlung der Deutsch-demokratischen Partei eine Entscheidung an, in der der Plan auf Zerstörung Preußens abgelehnt wurde, da eine Republik Rheinland unter den heutigen Umständen mit innerer wirtschaftlicher Notwendigkeit zu einem Pufferstaat und zu einem Spielball in den Händen Frankreichs, Englands und Britanniens würde.

Die Württembergische Regierung soll laut "Lokal-Anzeiger" beschlossen haben, der Zerlegung Preußens zu widersprechen.

Braunschweig, 22. Januar. W. T. B.

Der Arbeiter- und Soldatenrat beschloß in seiner heute abgehaltenen Sitzung noch längerer Beratung, diezensur des Wolfsbureaus aufzuheben. Ferner wurde ein Antrag angenommen, wonach bürgerlichen Zeitungen die behördlichen Anzeigen entzogen werden.

Petersburgs Räumung vorbereitet.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 23. Januar.

In Helsingfors eingetroffene Flüchtlinge berichten einem Telegramm der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" zufolge, daß in Petersburg siebenhafte Vorbereitungen für die Räumung getroffen würden. Alle bolschewistischen Einrichtungen, alles, was noch an Wert in Privathäusern, Museen usw. vorhanden ist, soll nach Moskau oder Niçhni Nowgorod übergeführt werden. Die Stadt ist zum Untergang verurteilt. Die mittel- und kraftlosen Einwohner sind Räuberbanden preisgegeben, die sich aus losgelassenen Strafgefangenen, Berufsverbrechern, lettischen Deserteuren und Tongusen zusammensehen. Die Banden haben unter sich die Stadt bereits in Bezirke aufgeteilt und warten nur auf den Abzug der Roten Armee, um mit der Plünderung zu beginnen. Zwischen roten Gardisten und Banditen ist ein förmliches Abkommen getroffen, wonach diese abwarten und sich mit dem begnügen, was jene nicht mitführen können. Von den in den Gefängnissen Internierten sollen die meisten ohne weiteres erschossen, die übrigen, meist Frauen und Kinder, ihrem Schicksal überlassen werden.

Bolschewistausweisung aus Schweden.

Eigener Drahtbericht.

Stockholm, 23. Januar.

Der russische Sovietvertreter Borowski hat "Folkets Stadsbladet" zufolge von der schwedischen Regierung die Aufforderung erhalten, mit seinem ganzen Personal Schweden spätestens Sonnabend abends mit dem Dampfer nach Finnland zu verlassen. Die schwedische Regierung verbürgte freies Geleit nach Finnland.

Was die Belgier wollen.

Bern, 23. Januar.

"Progrès de Lyon" erfährt aus Brüssel, Belgien verläge in Afrika einen Weg vom Kongor zum Indischen Ozean, bestehend aber vor allem auf seinen Gebietsforderungen in Europa, nämlich Luxemburg, Limburg und Scheldemündung.

Englisch-französischer Gegensatz in der russischen Frage.

Wolfsmeldung.

Paris, 24. Januar.

Hierzu gibt folgenden Situationsbericht: Die Vertreter der Großmächte versammelten sich gestern nachmittag neuerdings im Quai d'Orsay. Die russischen und polnischen Angelegenheiten wurden nicht berührt. Die Funkenpost des Eiffelturms begann um 2 Uhr mit der Übermittlung der Einladungen der alliierten Regierungen an die verschiedenen die Lage Russlands beherrschenden Gruppen zur Entsendung von je drei Vertretern nach den Prinzeninseln bei Konstantinopol zur Besprechung mit den Delegierten der russischen Nation. Die Ententekommission, die die russischen Abgeordneten anhören will, ist noch nicht ernannt worden. Man glaubt immerhin, zu wissen, daß sie aus Gründen der Parteilichkeit keine Persönlichkeiten umfassen wird, die früher in Russland in diplomatischer Eigenschaft tätig waren. Die militärischen Mitglieder der Kommission, die nach Petersburg, wo sich bereits General Bartolini befindet, geschickt werden soll, werde voraussichtlich unter den Generälen der an Ort und Stelle beständlichen Armeen ausgewählt werden. Die vier Delegierten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens sind noch nicht ernannt worden.

Hierzu wird uns weiter gemeldet: Zu der Einladung an die Sovietregierung zu einer Konferenz, bei der der englische und amerikanische Standpunkt den Sieg über die französische Politik davongetragen hat, erklärte der russische Minister Miljukow in einem Interview einem Vertreter des Reuterschen Bureaus, er bedauere außerordentlich den Scheitern der Alliierten, der ein großer Fehler sei. Der einzige Weg, das russische Problem zu regeln, sei der, die Herrschaft der bolschewistischen Räuber und Halsabschneider zu stürzen. Miljukow richtete einen dringenden Ruf an die Alliierten, die kriativen russischen Streitkräfte mit Feuerwaffen und Munition zu versorgen.

Die englischen Blätter geben ihrer Bestiedigung über die von der Friedenskonferenz an Russland gerichtete Aufforderung, zu Beratungen zusammenzutreffen, Ausdruck. Die "Times" führt aus: „Der jetzt von den Alliierten angenommene Vorschlag wegen Russland kann als fester und humaner Grundsatz bezeichnet werden. Die Alliierten erkennen die Prinzipien des Bolschewismus und deren Anwendung keineswegs an. Die Bolschewisten müßten im Gegenteil ihre imperialistischen Neigungen preisgeben, wenn sie an der Arbeit der Untersuchungskommission auf den Prinzeninseln teilnehmen wollen. Das Zusammenarbeiten mit Bourgeoisierregierungen ist an sich schon eine Verleugnung der bolschewistischen Grundsätze. Sollten die Bolschewiki sich weigern, Abgesandte nach den Prinzeninseln zu entsenden, dann würden sie sich selbst als Feinde der Freiheit des russischen Volkes und aller Völker der Welt bekennen, und dann würden die Mächte und Paris wissen, was sie zur Sicherung dieser Freiheit unternehmen müßten.“

Aus Paris meldet Dr. Dillon dem "Daily Telegraph": „Die Aufforderung an Russland hat die hiesigen russischen Kreise im Bestützung gebracht. Man war der Auffassung gewesen, daß die Mächte den Bolschewismus für eine Plage der Menschheit ansahen. Ich bin ermächtigt, bekanntzugeben, daß die Regierungen von Omsk, Tschekaterinow, Archangelsk und der Krim sich dafür bedanken, Vertreter zu entsenden, um mit den Morden ihrer Verwandten und den Feinden, die ihr Vaterland vernichtet haben, zu verhandeln. Unter keinen Umständen werden sie ihre Haltung daher ändern. Von einer Lösung dieser Frage ist man weiter denn je entfernt.“

Ein Funk sprach aus Moskau und meldet: „London New Agency“ bestätigt, daß die englische Regierung Frankreich den Vorschlag gemacht hat, mit allen politischen Zentren in Russland, darunter auch die russische Sovietregierung, einen Waffenstillstand zu schließen und Vertreter zur Friedenskonferenz zu schicken. Die „Humanité“ veröffentlicht eine ablehnende Antwort Frankreichs. In einem an Litwinow in dieser Frage gerichteten Schreiben hat der Volkskommissar des Auswärtigen daran erinnert, daß zu der Zeit, als der Angriff der Entente begann, England gerade im

Begriff war, Verhandlungen mit der russischen Sowjetregierung über wirtschaftliche Vorteile anzuknüpfen und der Vertreter des Board of Trade (Sir William Clerk) mit dem Volkskommissar des Auswärtigen eine Zusammensetzung in Moskau gehabt hatte, um grundsätzlich die Frage von Zugeständnissen und Handels erleichterungen zu besprechen. Was aber die besonders feindliche Haltung Frankreichs der russischen Republik gegenüber betrifft, so wird sie leicht durch die Gejähle erklärt, welche durch die Annulierung der russischen Staatschulden hervorgerufen worden sind. Der Volkskommissar deutete Utrinow gegenüber an, daß es die russische Sowjetregierung für möglich halten würde, in Verhandlungen wegen dieser Frage einzutreten, um gemeinsam mit Frankreich eine Einigungsmöglichkeit zu finden, da in Russland selbst der Grundsatz der Annulierung nicht ganz streng ausgeführt würde und die Möglichkeit von Ausnahmen von diesem Grundsatz nicht von Hause aus beschlossen sei.

Verhandlungsprogrammfragen der Pariser Konferenz.

Wolffmeldung.

Paris, 23. Januar.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Versammlung beschäftigte sich mit den Punkten, die auf der Tagesordnung der Versammlung am Sonnabend stehen. Folgende Fragen wurden von diesen Gesichtspunkten aus behandelt: 1. Internationale Arbeiterschöpfung, 2. Verantwortlichkeit für den Krieg und Strafbestimmungen, 3. Schadensersatz, 4. internationale Verwaltung von Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen.

Die Versammlung wird die Art des Vorgehens bei der Regelung von Gebietsfragen zu prüfen beginnen. Der Oberste Kriegsrat tritt morgen nachmittag zusammen. Foch, Haig und Diaz sowie Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen in Versailles werden daran teilnehmen.

*
Die Bewegung, die Arbeit der Friedenskonferenz zu beschleunigen, gewinnt, wie dem „Daily Telegraph“ aus Paris gemeldet wird, an Kraft, da es von größtem Interesse ist, daß möglichst viel erledigt wird, bevor Wilson nach Amerika zurückkehrt. Die erste Frage ist, ob der Völkerbund der Grundstein oder das Dach vom Gebäude ist. Wenn die Grundlage gut gelegt ist, wird eine Beschleunigung des Baues folgen. Eine Überleitung würde einen wankenden Frieden herbeiführen. Die Führer des Völkerbundes haben gute Gründe, über die Art zustreden zu sein, wie sich die Ereignisse zu entwickeln scheinen. Die Entscheidung in der russischen Frage läßt erscheinen, daß die französische Partei wirklich Konzessionen gegenüber der englischen und amerikanischen gemacht hat.

Das gefürchtete U-Boot.

Wolffmeldung.

New York, 24. Januar.

Der Entwurf über den Völkerbund vermisst, wie gemeldet wird, das U-Boot als Kriegsmittel vollkommen und fordert von allen Ländern, die den diesbezüglichen Vertrag unterzeichnen, daß sie alle Waffen dieser Art vernichten.

Die Engländer und Amerikaner haben eine große Abneigung gegen die Ansprüche der französischen Militärs auf den Besitz des linken Rheinufers, ebenso auch gegen Italiens Forderung bezüglich der östlichen Adriaküste.

Die Erzimperialisten.

„New York Sun“ meldet aus Paris, daß die Friedenskonferenz über die Rüstungseinschränkungen verhandelt hat. Lloyd George setzte auseinander, daß die britische Flotte nicht vermindert werden könne, Clemenceau, daß Frankreich ein Heer haben müsse, das größer sei als je.

Bereitwilligkeitserklärung des Erkönigs von Portugal.

Eigener Drahtbericht

Paris, 24. Januar.

König Manuel, der noch immer in London weilt, erklärte einem Vertreter des „Petit Parisien“, er stehe seinem Volke zur Verfügung und sei bereit, dem Rufe des portugiesischen Volkes Folge zu leisten. Er legt jedoch Wert darauf, zu erklären, daß die gegenwärtige Lage in keiner Weise auf einen Eingriff von seiner Seite aus zurückgeführt werden könne.

Die Kriegskostenfrage in den Ententeländern.

Wolffmeldung.

London, 23. Januar.

Trotzdem keine bestimmten formulierten Vorschläge gemacht worden sind, ist, wie englischen Blättern zufolge, die „New York Evening Post“ mitteilt, dort bekannt, daß die französischen Behörden bei Wilson ihre Führer ausgestreut haben, ob Amerika einer Teilung der Kriegskosten durch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich zustimmt. Italien und die übrigen Mächte werden prozentual beteiligt sein. Es wird angeregt, daß Amerika seinen eigenen Anteil bezahlen soll einschließlich der Periode des Krieges, die dem Kriegseintritt Amerikas vorausging. Es würde praktisch darauf hinauslaufen, daß Amerika verpflichtet würde, vieles von den Kriegs-

schulden der Alliierten zu bestreiten, die während des Krieges Amerika für den Ankauf von Lebensmitteln und Materialien in den Vereinigten Staaten große Gewinne eingeräumt haben.

Zur neuen Heeresordnung.

In Übereinstimmung mit der Reichsregierung und dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte veröffentlicht das Kriegsministerium einen Erlass zur Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer, über Bekleidung und Anzug, sowie über militärischen Gruß im Friedensheer, wobei für mobile Verbände besondere Regelungen vorbehalten bleiben.

Die oberste Kommandowalt hat der Rat der Volksbeauftragten inne, die Ausübung geschieht durch den Kriegsminister, der dem Rat der Volksbeauftragten verantwortlich ist für die Art der Kommandoübung. Seinen Verfügungen und Anordnungen müssen die Heeresangehörigen einschließlich der Soldatenräte Folge leisten. Die Besetzung der Führerstellen geschieht durch das Kriegsministerium. Die Soldatenräte können Führer nicht absetzen, wohl aber die Absetzung beantragen; hierüber liegt die legitime Entscheidung bei der Regierung. Die Soldatenräte werden gewählt bei Generalkommandos, Garnisonkommandos, Regimentern und selbständigen Bataillonen. Ihre Überwachungstätigkeit erstreckt sich darauf, daß die Führer die Dienstgewalt nicht gegen die bestehende Regierung missbrauchen. Sie wirken ferner mit und zeichnen mit Verantwortung Er lässe allgemeiner Anordnungen über Fürsorge, soziale und wirtschaftliche Fragen, Urlaub und Disziplinarfachen. Mit rein militärischen Befehlen über Ausbildung, Führung und Verwendung der Truppen werden sie nicht beauftragt. Unteroffiziere und Mannschaften können im eigenen Truppenteil als Zugführer in Offiziersstellen gewählt werden, wofür die Bestätigung durch das Kriegsministerium erforderlich ist. Die bisherigen Grad- und Rangabzeichen werden abgelegt. Dafür werden dunkelblaue Tuchstreifen am linken Armel zur Bezeichnung des Dienstgrades angelegt. Auch die Kennzeichnung der Truppenteile wird gegen früher geändert. Waffen dürfen nur im Dienst, Schuhrosen nur auf besonderen Befehl getragen werden. Die Seitenwaffe ist für alle Heeresangehörigen gleichmäßig übergeschalliges kurzes Infanterie-Selbstgewehr. Die Heeresangehörigen sollen sich gegenseitig grüßen, wobei der Jüngere und einen Dienstgrad Niedrigere zuvorkommen hat.

In einem besonderen Erlass an die Offiziere und Unteroffiziere weist der Kriegsminister darauf hin, daß der gemeldete Erlass über die Kommandoübung, die Stellenbesetzung, den Anzug und die Gründlichkeit dem schrittweisen Aufbau dienen soll. Er fordert zu verständnisvollm Zusammenwirken mit den Soldatenräten, zur Befestigung unordentlicher Bekleidungsfälle, Bereitung der Haltung auf der Straße, Übung des gegenseitigen Grusses und Aufnahme des Ausbildungsdienstes, insbesondere erste berufliche Weiterbildung junger Offiziere und Unteroffiziere, Pflege der Pferde und Waffen und Ausschaltung der Politik aus dem Gebiete militärischer Dienstvollzügen auf.

Der Erlass ist vom 19. Januar datiert. Der Kriegsminister weist besonders darauf hin, daß dieses Datum jeden Nebenweck ausschließt, daß die Nationalwahl nicht beeinflußt werden könnte und Beeinflussung des Erlasses durch das Ergebnis ebenfalls ausgeschlossen wäre. Der Erlass schließt: „Unsere Wehrhaftigkeit kann nur gesunden, wenn man sich auf dem Wege der Arbeit und Pflichterfüllung die Brüderhände reicht.“

Herabsetzung der Kartoffelration in Deutschland.

Wolffmeldung.

Berlin, 24. Januar.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamt hat angeordnet, daß vom 3. Februar ab für alle kommunalen Verbände die Kartoffelration pro Kopf und Woche von sieben auf fünf Pfund herabgesetzt wird. Um einen Ausgleich zu schaffen, hat das Reichsernährungsamt angeordnet, daß vom gleichen Zeitpunkt an eine Erhöhung der Fleischration um 100 Gramm pro Kopf und Woche stattfindet.

Die Arbeiternot in der deutschen Landwirtschaft.

Wolffmeldung.

Berlin, 24. Januar.

Die unhalbaren wirtschaftlichen Zustände werden dadurch gekennzeichnet, daß allein in der Landwirtschaft die fehlenden Arbeitskräfte auf annähernd 600 000 Personen geschätzt werden müssen und die Frühjahrsbestellung schon jetzt ernstlich gefährdet erscheint.

Wo ist Eichhorn?

Wolffmeldung.

Berlin, 24. Januar.

Der frühere Berliner Polizeipräsident, Eichhorn, gegen den bekanntlich ein Haftbefehl erlassen ist, soll nach einzelnen Blättermeldungen sich in Braunschweig aufhalten, nach anderen sich in Schweden befinden.

Tagung der württembergischen Verfassungversammlung.

Wolffmeldung.

Stuttgart, 23. Januar.

Die Versammlung über die Landesverfassung trat heute mittag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Reil

(Soz.) wurde mit 139 von 144 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt. Reil betonte in längerer Rede die Notwendigkeit, das gegenwärtige Provisorium in einen endgültigen Zustand umzuwandeln und dem württembergischen Staat bald eine neue Verfassung zu geben. Den wirtschaftlich Schwachen müsse auch geholfen und der Friedenschluß vorbereitet werden. Gegenüber dem Siegesbewußtsein der Feinde darf man nicht schweigend und gebildig alles hinnehmen. Die Friedensbedingungen müßten erträglich sein und Bürgschaften für einen dauernden Frieden in sich tragen. „Darum betonen wir unser Recht, ein großes Volk zu sein, mit Nachdruck vor aller Welt!“ (Beifall.) Zum ersten Vizepräsidenten wurde Reck (Demokrat), zum zweiten Vizepräsidenten Walther (Zentrum) gewählt.

Die härtesten Internationalen.

Wolffmeldung.

Paris, 23. Januar.

In der Vormittagssitzung des Generalkrats der sozialistischen Partei wurde nach einer Brüsseler Havasmeldung über den Verlauf der Sozialistenkonferenz in Paris Bericht erstattet. Der Rat entschied fast einstimmig, es sei keine Veranlassung vorhanden, auf der internationalen Konferenz mit den deutschen Sozialisten zusammenzutreffen. Die belgischen Sozialisten werden sich in einigen Tagen zur interalliierten Sozialistenkonferenz nach Paris begeben.

Oderberg von Tschechen genommen.

Wolffmeldung.

Berlin, 24. Januar.

Die Pressestelle des Volksrates für Breslau teilt mit: Oderberg ist nach blutigen Kämpfen mit den Polen von tschechischen Truppen genommen worden.

Aus Plauen i. B. wird gemeldet: Der Grabnitzer Bezirk ist von den Tschechen besetzt, die in Stärke von 120 Mann in Grabnitz eingerückt sind. Der Bezirk und die Stadt haben gegen die Besetzung Protest erhoben.

Oporto bombardiert.

Wolffmeldung.

Paris, 24. Januar.

Nach einer Meldung aus Madrid haben einige portugiesische Kriegsschiffe die Stadt Oporto bombardiert. Die Armee steht auf Seiten der Revolutionäre, die Marine blieb der Regierung treu.

Drenburg von den Bolschewisten genommen?

Wolffmeldung.

London, 23. Januar.

Die Bolschewisten sind nach einer Reutermeldung bis Drenburg vorgezogen, das von ihnen genommen sein soll.

Jugausfall. Vom 24. Januar ab fallen bis auf weiteres die D-Züge 21 (Bialystok ab: 11,43) und 24 (Bialystok ab: 10,03) zwischen Berlin und Brest-Litowsk aus.

Kirchenzettel

für Sonntag, den 26. Januar.

Katholischer Militärgottesdienst: Vorm. 9 Uhr in der Seitenkapelle der Kirche an der Deutschen Straße.

Hauptchristleiter: G. Lüg.

Druck und Verlag der Bialystoker Zeitung.

Bekanntmachung.

Die Zensuren, die zur einmaligen Steuerabgabe veranlagt sind, können diese Steuern auch an die Rigauer Bank, Alexanderstraße 19, entrichten.

Bialystok, den 23. Januar 1919.

Der Stadthauptmann:

Roscher.

Am 28. Januar, vorm. 9 Uhr, findet im Kreisamtsgebäude, Gogolstraße 1, Ecke Polizeistraße,

eine Auktion

über diverse Ösen, Tische, Zentrifugen, Milchkannen, Buttermaschinen und eine Torsmaschine statt.

Kreisamt-Land Bialystok.

Sägemerk Zielona b. Bialystok verkauft:

Bretter und Bohlen in allen Stärken,

Ranthölzer,

2735

starke Schwarten als Brennholz,

Rundholz in kleinen und großen Mengen.

Holzhaus zu verkaufen.

Anfragen Nikolaistraße 113 I.

2793

Gazeta Białostocka

Wychodzi codziennie. — Abonament wynosi: przy odbiorze w ekspedycji 1,50 mk. miesięcznie; na poczcie 4,95 mk. kwartalnie, wyłącznie opłaty za dostawienie. Zamówienia przyjmują wszystkie poczty państowe. — — —

Redaktor naczelny: G. Lutz.

Redakcja: Aleksandrowska 8/10.

Ekspedycja: Mikołajewska 3.

Drukiem i nakładem „Gazety Białostockiej”.

Ceny ogłoszeń: wiersz sześciolamowy, petityw 25 fen. Ogłoszenia mieszkań i poszukiwanie posad 15 fen. Przy powtarzeniach i większych zamówieniach obniża się ceny. Przyjmowanie ogłoszeń z zastrzeżeniem cenzuralnym w ekspedycji przy Mikołajewskiej 3 i we wszystkich eksped. anonsowych.

Z konferencji paryskiej.

Doniesienie Biura Wolffa.

Paryż, 23. stycznia.

Urządowo komunikują: Zgromadzenie omawia punkty, które stoją na porządku dziennym sobotniego zebrania. Zajmowano się następującymi kwestiami: 1. Międzynarodowe prawa dla robotników. 2. Odpowiedzialność za wojnę i wyznaczenie kar. 3. Odszkodowania. 4. Międzynarodowy zarząd w portach, na drogach wodnych i kolejach.

Zgromadzenie badać zacznie rodzaj postępowania przy uregulowywaniu kwestii terenowych. Główna rada wojenna zbiera się jutro. Foch, Haig i Diaz jak też przedstawiciele aliantów i sprzymierzonych państw będą w tem, w Wersalu, brać udział.

Havas podaje następujące sprawozdanie z chwilą obecnej. Przedstawiciele wielkich państw zebrali się wczoraj po południu ponownie na Quai d'Orsay. Nie poruszano kwestii polskiej ani rosyjskiej. Poczta łączowa na wieży Eiffla rozpoczęła o godzinie 2 pośredniczyć, w zaproszeniu rządów sprzymierzonych do rozmaitych grup obeznanych z połączeniem w Rosji aby wysłać po trzech przedstawicieli do wysp księcięcych koło Konstantynopola dla omówienia się z delegatami rosyjskimi. Komisja koaliccyjna, która wysłuchać chce posłów rosyjskich nie została jeszcze mianowana. Przypuszcza się w każdym razie, że nie będzie zawiązała z powódów partyjnych żadnych osobistości, które dawniej były czynne w Rosji. Członkowie wojskowi komisji, którzy wysłani zostali do Petersburga gdzie znajdują się już generał Bartoński, wybrani zostaną wedle wielkiego prawdopodobieństwa z pośród generalów znajdujących się na miejscu armii. Czterej delegowani cywilni Stanów Zjednoczonych, Wielkiej Brytanii, Francji i Włoch także jeszcze nie zostali mianowani.

Przeciwko podziałowi Prus.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 22. stycznia.

Dziś zajmie się gabinet pruski wnioskiem praw państwowych (proponowaną konstytuantą). Pewna liczba postanowień, jak donoszą rozmaito pisma uledz będą musiały ostrej krytyce. Jutro odbędzie się w biurze państwowem spraw wewnętrznych narada nad projektem praw z przedstawicielami niemieckich wójtów panstw.

Zgromadzenie, które odbyło się w dniu 24 tego miesiąca w Berlinie, a na którym obecnie było około 2000 osób należących do niemieckiej demokratycznej partii energicznie zaprotestowało przeciwko wszelkiemu rozbiciu Prus.

Wedle „Berliner Tageblattu” powięto w Düsseldorfie na flummen zgromadzeniu niemieckiej partii demokratycznej postanowienie, w którym odrzuca się plan rozbicia Prus, ponieważ republika Nadreńska w obecnych warunkach stała by się ze swą wewnętrzną ekonomiczną koniecznością państwem ościennym i piłką w rękach Francji, Anglii i Belgii.

Rząd wirtemberski zaprotestował, jak donosi „Lokalanzeiger”, przeciwko podziałowi Prus.

Ewakuacja Petersburga przygotowana.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 23. stycznia.

Przybyli do Helsingforsu uciekinierowie opowiadają wedle depeszy „Deutschem Allgemeinen Zeitung”, że w Petersburgu czynione są gorączkowe przygotowania do ewakuacji. Wszystkie urządzenia bolszewickie, wszystko co tylko ma jakakolwiek bądź wartość w domach prywatnych, muzeach i t. d. przewieziono ma zostać do Moskwy lub Niżnego Nowogrodu. Miasto skazane jest na zagładę. Biedni i bezsilni mieszkańcy oddani są na pastwę rabusiów, którzy składają się ze zbrodniarzy wypuszczonych z więzień, ze złodziejami i mordercami, dezerterów lotyckich i fonguzów. Bandy te podzielily już między sobą miasto na okręgi i czekają chwili odejścia czerwonej gwardii, aby zacząć plądrowanie. Między czerwonymi gwardyjami a bandytami zawarto formalny układ, wedle którego ci ostatni zadzwonią się

mają tem co pierwi nie zdjąć, zabrac. Z pomiędzy umieszczonymi w więzieniach większość zostanie ma bez żadnego sądu rozstrzelana, pozostały, przeważnie kobiety i dzieci oddani na pastwę losu.

Kwestja kosztów wojennych w krajach koalicyjnych.

Telegram własny.

Londyn, 23. stycznia.

Pomimo że nie uczyniono żadnych sformułowanych propozycji wiadomo tam, jak donoszą pisma angielskie według „New York Evening Post”, że władze francuskie wysunęły u Wilsona swoje maki, czy też Ameryka zgodzi się na podział kosztów wojennych na Stany Zjednoczone, Wielką Brytanię, Francję i Włochy i pozostałe państwa wezmą udział procentowo. Czyniona jest propaganda, aby Ameryka sama zapłaciła swój udział włącznie z czasem wojny poprzedzając jej w niej współdziałanie. Dokłada się starań, by zobowiązać Amerykę do zapłacenia znacznej części długów wojennych aliantów, które podczas wojny zarobiła Ameryka, dostarczając środki żywieniowe i materiały wojenne.

Oderberg zajęty przez czechów.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 24. stycznia.

Biuro prasy rady narodowej dla Wrocławia donosi: Po krwawych walkach z polakami zajęły wojska czeskie Oderberg.

Z Placem donoszą: Okręg Grabnicki zajęty został przez czechów, którzy w sile 120 ludzi wtargnęli do Grabnicy. Okręg i miasto zaprotestowali przeciwko zajęciu.

Wysiedlanie bolszewików ze Szwecji.

Doniesienie Biura Wolffa.

Sztokholm, 23. stycznia.

Rosyjski przedstawiciel sojuszu Wozowski otrzymał wedle doniesienia „Folkets Stads bladet” od rządu szwedzkiego wezwanie, aby wraz ze swym personelem najpóźniej do soboty wieczorem na parowcu idącym do Finlandii opuścić Szwecję. Rząd szwedzki zapewnia bezpieczną drogę aż do Finlandii.

Pokazują się jakimi są...

Telegram własny.

New York, 23. stycznia.

„New York Ktun” donosi z Paryża, że na konferencji pokojowej, gdy omawiano sprawę ograniczenia w uzbrojeniu, Lloyd George tłumaczył, że flota brytyjska nie może być zmniejszona, Clemenceau, że Francja nie może posiadać mniejszej armii, która teraz jest tak wielka jak nigdy.

Oporto bombardowane.

Doniesienie Biura Wolffa.

Paryż, 24. stycznia.

Wedle doniesienia z Madrytu kilka portugalskich okrętów wojennych bombardowało Oporto. Armia stoi po stronie rewolucjonistów, marynarka pozostała wierna rządowi.

Bolszewicy w Orenburgu?

Doniesienie Biura Wolffa.

Londyn, 22. stycznia.

Bolszewicy dotarli wedle doniesienia Reutera aż do Orenburga, który ma być przez nich zajęty.

Co chcą belgowie.

Telegram własny.

Bern, 23. stycznia.

„Progres de Lyon” dowiaduje się z Brukseli, że Belgia żąda w Afryce drogi od Konga do oceanu Indyjskiego, głównie jednak obstawa przy swem żądaniu terenów w Europie, szczególnie Luksemburga, Limburga i ujścia Szeldy.

Polsko-pruska wymiana depesz w kwestii zakładników.

Doniesienie Biura Wolffa.

Poznań, 23. stycznia.

Polska rada narodowa dala na telegram wysłany do niej przez rząd pruski w sprawie wydania zakładników odpowiedź, z której przyłączamy następujące szczegóły:

Nieprzyjemne zajście w Kernwerk polega na tem, że obywatel ziemska Hara Radlitz jak też jego towarzysze napadli na strażę. Obdukcja trupów dokonana została z mieszaną komisją złożoną z polaków i niemców. Siedzisko rządowe w toku. Gotowi jesteśmy wypuścić wszystkich zakładników i internowanych pod warunkiem, by wszyscy polacy z Poznania, Prus wschodnich i zachodnich jak też Śląska i powracający polacy, którzy wskutek ostatnich wypadków zaarrestowani zostali w Poznańskim, Brandenburgii, Prusach wschodnich i zachodnich jako też na Śląsku, również zostało wypuszczeni.

Poleciliśmy naszym urzędnikom wykonanie obliczenia zatrzymanych z polskiej strony zakładników i jeńców i niezadługo będzie ono gotowe, prosimy więc również o obliczenie zatrzymanych po stronie niemieckiej polaków”.

W. B. T. zaznacza przy tem: Obywatel Hara Radlitz i jego towarzysze odstawieni zostali do Jerszwerku w Doznanii jako jeńcy i tam rozbroszeni. W jaki sposób napaść mogli na strażę jest niezrozumiałem.

Bydgoszcz, 24. stycznia.

Urządowo przez Biuro Wolffa.

W ciągu dnia wczorajszego utarczki straży wywiadowczych. Własna artyleria ostrzeliwała zgromadzone wojska w okolicy lasu nad Notecią i zwalczały gniazda kulomiotów jak też baterie nieprzyjacielskie w dolinie górnej Noteci.

Nienawiść międzynarodowych.

Doniesienie Biura Wolffa.

Paryż, 22. stycznia.

Podczas przedpołudniowego posiedzenia rady głównej partii socjalistycznej zdano sprawozdanie wedle doniesienia Havasa z Brukseli w przebiegu konferencji socjalistycznej w Paryżu. Rada zdecydowała prawie jednogłośnie, że niema najmniejszego powodu spotykania się na konferencji międzynarodowej z socjalistami niemieckimi. Socjalisci belgijscy udadzą się w tych dniach na konferencję socjalistyczną do Paryża.

Osadzenie byłego króla portugalskiego.

Doniesienie Biura Wolffa.

Paryż, 24. stycznia.

Król Mannel, bawiący wciąż jeszcze w Londynie, oświadczył jednemu z przedstawicieli „Petit Parisen”, że jest do rozporządzenia swego narodu i gotów jest każdej chwili stawić się na wezwanie jego. Zaznaczył jednak, że obecne położenie zupełnie stało się niezależne od jego woli i że niema nic wspólnego z wypadkami.

Brak robotników polnych w Niemczech.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 24. stycznia.

Zawiłe stosunki ekonomiczne zaznaczają się tem, że w gospodarstwie rolnym głębocia się brak sił roboczych aż do 600 000 osób, które niezbędnie będą potrzebne na wiosne do uprawy pól.

Amsterdam, 22. stycznia.

Doniesienie Biura Wolffa.

W Kijowie ogłoszono wedle doniesienia londyńskiego do „Handels Blad” byłego hetmana Ukrainy Skropadskiego za banię pozbawionego wszystkich praw. Książki jego skonfiskowano.

Ogłoszenie.

Osoby, które zapłacić mają jednorazowy podatek, wniesie takowy mogą też do Banku Ryskiego, ulicą Aleksandrowską nr. 19.

Naczelnik miasta Rosche.

